

# PLANZEICHENERKLÄRUNG

gem. § 2 der Verordnung über die Ausarbeitung der Baupläne und die Darstellung des Planschnitts vom 30. Juli 1981

### Bestandsdarstellung

Offentliche Gebäude	Strassenbahngleisachse
Wohngebäude	Bordstein
Wirtschafts- und Industriegebäude	Kanalschacht
Gebäude mit Angabe der Geschosshöhe	Baum
Arcaden und Durchfahrten	Böschung
Schacht außer Betrieb	Grenzen
	Bemerkungsgrenze
	Flurgrenze
	Flurstücksgrenze

Weitere Signaturen siehe Din 18702 und Katasterverzeichnisse

Alle Höhenlage ü. N.N. z. B. 30,17

### Art und Maß der baulichen Nutzung

Kleinstedlungsgebiete	Mischgebiete
Reine Wohngebiete	Kerngebiete
Allgemeine Wohngebiete	Nutzungsbeschränkte Industriegebiete
Nutzungsbeschränktes Gewerbegebiet	Gewerbegebiete
	Sondergebiete

Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze z.B. III z.B. als Mindest- und Höchstgrenze z.B.

Grundflächenzahl z.B. 0,4  
Geschossflächenzahl z.B. 1,0  
Baumassenzahl z.B.

### Begrenzungslinien

Strassenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Strassenbegrenzungslinie und Baugrenze

Baulinie

Baugrenze

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes

### Verkehrsflächen, Grünflächen und übrige Flächen

Strassenverkehrsflächen

Öffentliche Parkflächen

Öffentliche Grünflächen

Versorgungsflächen

Anpflanzung von Bäumen und Strüchern

### Sonstige Festsetzungen

Flächen für Stellplätze

Flächen für Garagen

Flächen für Garagen - Tiefgaragen - unter Geländeoberfläche

Offene Bauweise

Geschlossene Bauweise

nur Einzelhäuser zulässig

nur Doppelhäuser zulässig

siehe "Textliche Festsetzungen"

### Kennzeichnungen

Flächen für Stellplätze

Flächen für Garagen

Flächen für Garagen - Tiefgaragen - unter Geländeoberfläche

Offene Bauweise

Geschlossene Bauweise

nur Einzelhäuser zulässig

nur Doppelhäuser zulässig

siehe "Textliche Festsetzungen"

### Nachrichtliche Übernahmen

Fläche für Bahnanlagen

Hochspannungsfreileitung mit Schutzstreifen

L 237 Landstraße 237

### Vermerke

Neuer Bordstein

Hilfsabzeichen für "Textliche Festsetzungen"

### Textliche Festsetzungen

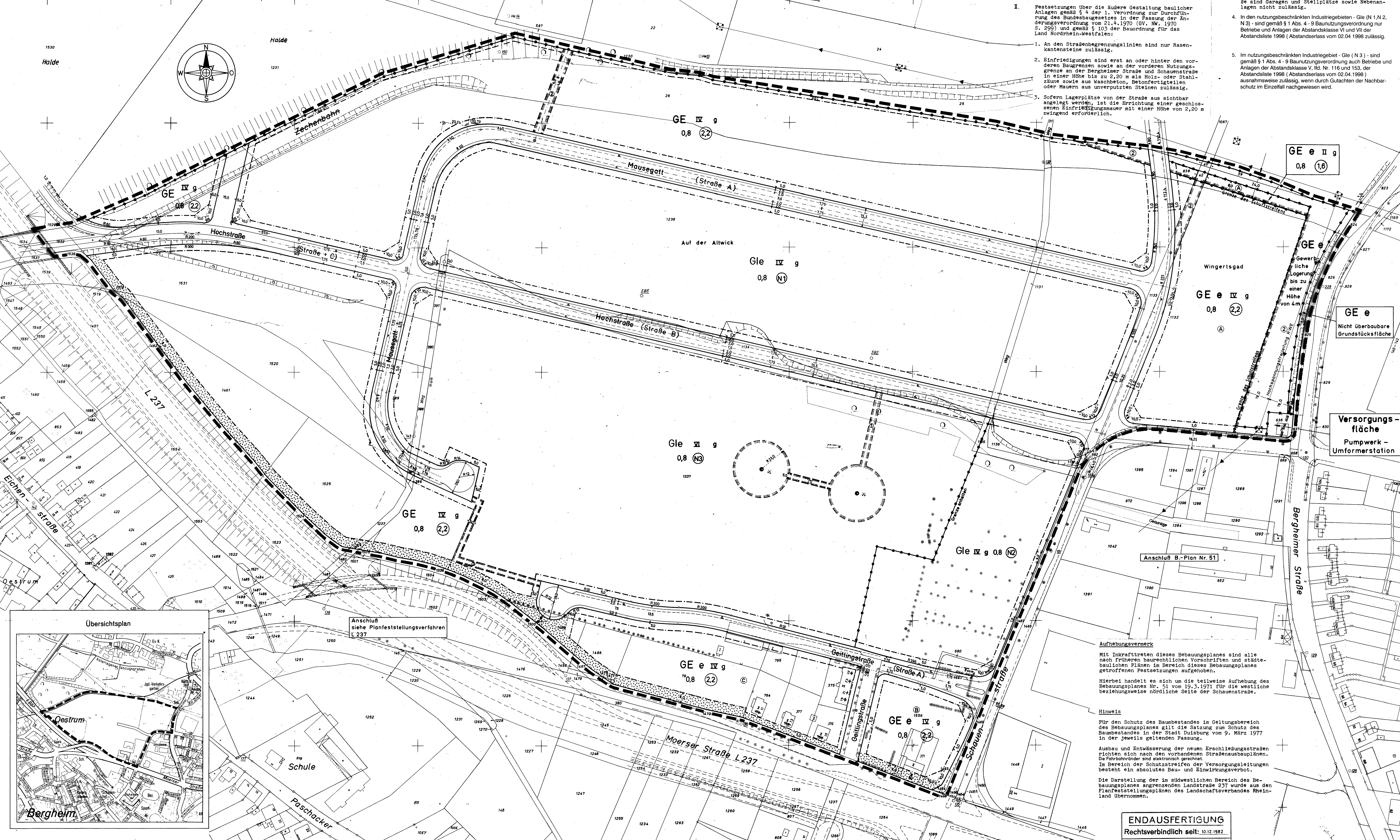
- Art und Maß der baulichen Nutzung auf den überbauten und nichtüberbauten Grundstücksflächen
- In den Gewerbegebieten - GE und GE - sind Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe in Strassen des § 11 Bauutzungsverordnung nicht zulässig.
- In den nutzungsbeschränkten Gewerbegebieten - GE (A) (B) (C) - sind gemäß § 1 Abs. 4 Bauutzungsverordnung nur mittelständische Betriebe und Anlagen, die in den benachbarten Wohngebieten keine Störungen verursachen, zulässig.
- In den nichtüberbauten Grundstücksflächen zwischen den Strassenbegrenzungslinien und den vorderen Baugrenzen und zwischen den Strassenbegrenzungslinien und den vorderen Nutzungsgrenzen im Bereich Berghheimer Straße/Schauenstraße sind Garagen und Stellplätze sowie Nebenanlagen nicht zulässig.
- In den nutzungsbeschränkten Industriegebieten - Gle (N 1, N 2, N 3) - sind gemäß § 1 Abs. 4 - 9 Bauutzungsverordnung nur Betriebe und Anlagen der Abstandsclassen VI und VII der Abstandsliste 1998 (Abstandsersatz vom 02.04.1998) zulässig.
- Im nutzungsbeschränkten Industriegebiet - Gle (N 3) - sind gemäß § 1 Abs. 4 - 9 Bauutzungsverordnung auch Betriebe und Anlagen der Abstandsclassen V, III, Nr. 116 und 153, der Abstandsliste 1998 (Abstandsersatz vom 02.04.1998) ausnahmsweise zulässig, wenn durch Gutachten der Nachbarschutz im Einzelfall nachgewiesen wird.

### Beschlüsse und Vermerke zur 2. Änderung in blauer Farbe siehe Urkunde

Der Rat der Stadt hat am 15.12.1975, nach § 2 (1) des Bundesgesetzes die Aufstellung dieses Bebauungsplan-Entwurfes beschlossen.

Duisburg, den 03.02.1982

Der Oberstadtdirektor in Vertretung  
gez. Giersch  
Beigeordneter



I. Festsetzungen über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen gemäß § 4 der 1. Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes in der Fassung der Änderungsverordnung vom 21.4.1970 (G.V. Nr. 1970 S. 299) und gemäß § 103 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen:

- An den Strassenbegrenzungslinien sind nur Rasenkantensteine zulässig.
- Einfriedigungen sind erst an oder hinter den vorderen Baugrenzen sowie an der vorderen Nutzungsgrenze an der Berghheimer Straße und Schauenstraße in einer Höhe bis zu 2,20 m als Holz- oder Stahlzäune sowie aus Waschbeton, Betonfertigteilen oder Mauern aus unverputzten Steinen zulässig.
- Sofern Lagerplätze von der Straße aus sichtbar angelegt werden, ist die Errichtung einer geschlossenen Einfriedigungsmauer mit einer Höhe von 2,20 m zwingend erforderlich.

1. An den Strassenbegrenzungslinien sind nur Rasenkantensteine zulässig.

2. Einfriedigungen sind erst an oder hinter den vorderen Baugrenzen sowie an der vorderen Nutzungsgrenze an der Berghheimer Straße und Schauenstraße in einer Höhe bis zu 2,20 m als Holz- oder Stahlzäune sowie aus Waschbeton, Betonfertigteilen oder Mauern aus unverputzten Steinen zulässig.

3. Sofern Lagerplätze von der Straße aus sichtbar angelegt werden, ist die Errichtung einer geschlossenen Einfriedigungsmauer mit einer Höhe von 2,20 m zwingend erforderlich.

1. An den Strassenbegrenzungslinien sind nur Rasenkantensteine zulässig.

2. Einfriedigungen sind erst an oder hinter den vorderen Baugrenzen sowie an der vorderen Nutzungsgrenze an der Berghheimer Straße und Schauenstraße in einer Höhe bis zu 2,20 m als Holz- oder Stahlzäune sowie aus Waschbeton, Betonfertigteilen oder Mauern aus unverputzten Steinen zulässig.

3. Sofern Lagerplätze von der Straße aus sichtbar angelegt werden, ist die Errichtung einer geschlossenen Einfriedigungsmauer mit einer Höhe von 2,20 m zwingend erforderlich.

1. An den Strassenbegrenzungslinien sind nur Rasenkantensteine zulässig.

2. Einfriedigungen sind erst an oder hinter den vorderen Baugrenzen sowie an der vorderen Nutzungsgrenze an der Berghheimer Straße und Schauenstraße in einer Höhe bis zu 2,20 m als Holz- oder Stahlzäune sowie aus Waschbeton, Betonfertigteilen oder Mauern aus unverputzten Steinen zulässig.

3. Sofern Lagerplätze von der Straße aus sichtbar angelegt werden, ist die Errichtung einer geschlossenen Einfriedigungsmauer mit einer Höhe von 2,20 m zwingend erforderlich.

1. An den Strassenbegrenzungslinien sind nur Rasenkantensteine zulässig.

2. Einfriedigungen sind erst an oder hinter den vorderen Baugrenzen sowie an der vorderen Nutzungsgrenze an der Berghheimer Straße und Schauenstraße in einer Höhe bis zu 2,20 m als Holz- oder Stahlzäune sowie aus Waschbeton, Betonfertigteilen oder Mauern aus unverputzten Steinen zulässig.

3. Sofern Lagerplätze von der Straße aus sichtbar angelegt werden, ist die Errichtung einer geschlossenen Einfriedigungsmauer mit einer Höhe von 2,20 m zwingend erforderlich.

1. An den Strassenbegrenzungslinien sind nur Rasenkantensteine zulässig.

2. Einfriedigungen sind erst an oder hinter den vorderen Baugrenzen sowie an der vorderen Nutzungsgrenze an der Berghheimer Straße und Schauenstraße in einer Höhe bis zu 2,20 m als Holz- oder Stahlzäune sowie aus Waschbeton, Betonfertigteilen oder Mauern aus unverputzten Steinen zulässig.

3. Sofern Lagerplätze von der Straße aus sichtbar angelegt werden, ist die Errichtung einer geschlossenen Einfriedigungsmauer mit einer Höhe von 2,20 m zwingend erforderlich.

1. An den Strassenbegrenzungslinien sind nur Rasenkantensteine zulässig.

2. Einfriedigungen sind erst an oder hinter den vorderen Baugrenzen sowie an der vorderen Nutzungsgrenze an der Berghheimer Straße und Schauenstraße in einer Höhe bis zu 2,20 m als Holz- oder Stahlzäune sowie aus Waschbeton, Betonfertigteilen oder Mauern aus unverputzten Steinen zulässig.

3. Sofern Lagerplätze von der Straße aus sichtbar angelegt werden, ist die Errichtung einer geschlossenen Einfriedigungsmauer mit einer Höhe von 2,20 m zwingend erforderlich.

Der Rat der Stadt hat am 02.02.1976, gemäß § 2 (1) des Bundesgesetzes erteillich bekannt gemacht.

Duisburg, den 03.02.1982

Der Oberstadtdirektor in Vertretung  
gez. Giersch  
Beigeordneter

Der Rat der Stadt hat am 01.02.1982, nach § 2a (4) des Bundesgesetzes beschlossen, eine Bürgerbeteiligung nicht durchzuführen.

Duisburg, den 03.02.1982

Der Oberstadtdirektor in Vertretung  
gez. Giersch  
Beigeordneter

Ein Beschluß des Rates der Stadt nach § 2a (4) des Bundesgesetzes wurde nicht gefaßt.

Duisburg, den 03.02.1982

Der Oberstadtdirektor in Vertretung  
gez. Giersch  
Beigeordneter

Der Rat der Stadt hat am 01.02.1982, nach § 2a (4) des Bundesgesetzes diesen Bebauungsplan-Entwurf und seine öffentliche Auslegung beschlossen.

Duisburg, den 03.02.1982

Der Oberstadtdirektor in Vertretung  
gez. Giersch  
Beigeordneter

Dieser Bebauungsplan-Entwurf, die Begründung und die aufzubehaltenden Bebauungspläne (siehe Aufhebungsvermerk) haben sich § 2a (4) des Bundesgesetzes auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 08.03.1982 bis 08.04.1982, einschließlich zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgetragen.

Duisburg, den 22.07.1982

Der Oberstadtdirektor in Vertretung  
gez. Giersch  
Beigeordneter

Der Rat der Stadt hat am 12.07.1982, nach § 10 des Bundesgesetzes diesen Bebauungsplan einschließlich der Änderungen in blauer Farbe sowie die Aufhebungen der Festsetzungen, die diesem Bebauungsplan entgegenstehen (siehe Aufhebungsvermerk) als Satzung beschlossen.

Duisburg, den 22.07.1982

Der Oberstadtdirektor in Vertretung  
gez. Giersch  
Beigeordneter

Dem § 11 des Bundesgesetzes ist dieser Plan mit Verfügung vom 20.10.1982, Az.: 35.2-12.02 (Dui. 247) genehmigt worden.

Düsseldorf, den 20.10.1982

Der Regierungspräsident im Auftrage  
gez. Gibbich  
Oberregierungsrat

**Stadt Duisburg**

**BEBAUUNGSPLAN NR. 747**

**- Rheinhausen -**

für den Bereich zwischen Moerser Straße, Landstraße 237, ehemaliger Zechenbahn, Berghheimer Straße und Schauenstraße.

Gemarkung Rheinhausen  
Flur 24

Maßstab 1:1000

Rechtsgrundlagen: Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1970 (BBauG: I S. 2238, 2611) geändert durch Artikel 9 Nr. 1 der Verordnungsammlung vom 3.12.1979 (BBauG: I S. 2391) und durch Artikel 1 des Gesetzes zur Berechtigung von Verleihen und zur Erleichterung von Investitionsmaßnahmen im Wohnungsbau vom 8.1.1979 (BBauG: I S. 949), Baunutzungsverordnung (BaunVO) vom 15.12.1970 (BBauG: I S. 1751), Verordnung über die Ausarbeitung der Baupläne und die Darstellung des Planschnitts (Planzeichenerklärung) vom 30.7.1981 (BBauG: I S. 832), Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 21.4.1970 (G.V. Nr. 1970 S. 299) geändert durch Gesetz vom 15.12.1979 (G.V. Nr. 294).

Der Bebauungsplan besteht aus diesem Blatt - Neuplan - Nebebau - Nebebau - einer Begründung - dem Eigentumsverzeichnis - dem Blatt Längsschnitt und - Blatt Querschnitt. Die Zusammenhänge sind auf den einzelnen Teilen beizubehalten.

Duisburg, den 28.01.1982

Vermessungs- und Katasteramt

gez. Nüse

Es wird bescheinigt, daß die Bestandsangaben mit dem Liegenschaftskataster und der Örtlichkeit übereinstimmen und daß die Festlegung der städtebaulichen Planung geometrisch eindeutig ist. Die Zusammenhänge sind auf den einzelnen Teilen beizubehalten.

Duisburg, den 28.01.1982

Vermessungs- und Katasteramt

gez. Nüse

Für die Erarbeitung des Planentwurfs.

Duisburg, den 28.01.1982

Stadtplanungsamt

gez. Kisters

Dieser Plan ist auf Grund von Besuchen und Anregungen in blauer Farbe geändert worden.

Duisburg, den 1.10.1986

Vermessungs- und Katasteramt

gez. Nüse

Dieser Plan enthält die 1. Änderung in roter Farbe.

Duisburg, den 30.08.1999

Vermessungs- und Katasteramt

gez. Nüse

Dieser Plan enthält die 2. Änderung in blauer Farbe.

Duisburg, den 30.08.1999

Vermessungs- und Katasteramt

gez. Nüse

**ENDAUSSERTIGUNG**

Rechtsverbindlich seit: 10.12.1982

1. Änderung: 31.03.1988  
2. Änderung: 02.05.2000